



# notizen

Nr. 10  
12. Dezember 1980

aus Bottrop und Kirchhellen

## „Dieser Plan macht Menschen krank“

Anhörungen zeigen: Die Bürger mucken auf!

### Den Gürtel enger schnallen

Otto Graf Lambsdorff, seines Zeichens Wirtschaftsminister, hat dringend empfohlen, „den Gürtel enger zu schnallen“. Er hat recht. Bei Ministergehältern von über 200 000 DM ist das längst nötig. Oder hatte der Herr Graf etwa nur die Bürger im Blick?

### Theater kostet 30 v. H. mehr

Die Stadt will zum Jahresbeginn alle Gebühren und Tarife kräftig erhöhen. So die Theaterbesuche um 30 Prozent und mehr, Friedhofsgebühren um 20 v. H., die Abwasser um 8 v. H., die Straßenreinigung um 15 v. H., und auch die Verwaltungsgebühren sollen beträchtlich erhöht werden.

Es rumort in Bottrop. Die Bürger mucken auf, sie äußern sich je nach Betroffenheit und Temperament skeptisch, besorgt oder zornig und anklagend. Die Verwaltung reagierte zunächst wie immer: arrogant, besserwissend und mit Ausflüchten. Aber das Aufbegehren wächst. Der Stein des Anstoßes: das Konzept zur Stadtplanung, das als „bürgerfeindlich“ attackiert wird!

Sie startete am 11. 11., aber den rund 300 Bürgern, die zur 1. Bürgeranhörung über den Vorentwurf des Flächennutzungsplans ins Albers-Gymnasium kamen, war nicht zum Scherzen zumute. „Sie haben mit Ihrem Plan die Menschen unseres Wohngebietes krank gemacht!“ Dieser Vorwurf des Sprechers der Bürgerinitiative Steigerstraße und Umgebung (BISU), Wilhelm Kurz, war kennzeichnend für die Meinung des Großteils der Bürger über die Planung der Verwaltung.

Während Stadtdirektor Wallmann als verantwortlicher Planer die Kritik zunächst mit formalen Einwänden ins Leere laufen lassen wollte („das ist keine Sache des Flächennutzungsplanes“ oder „die Bezeichnung o. E. (= ohne Entwicklung) wird ganz falsch

ausgelegt“ u. ä.), ließen sich die Bürger nicht beirren: Wird das Gebiet um die Steigerstraße jetzt abgeschrieben und später abgerissen? Können wir in der Welheimer Mark weiterleben, oder werden wir vertrieben? Was geschieht mit Ebel? Warum sollen unsere Gärten (am Beckedahl) einer neuen Straße weichen?

Bei den Anhörungen in Boy, Eigen, Kirchhellen und Fuhlenbrock stand das Barometer ebenfalls auf Kritisch bis Stürmisch: Warum überdimensionierter Straßenbau? Warum die B 224 sechsspurig? Warum müssen wir in Welheim so unter Lärm, Dreck und Gestank leiden?

(Weiter auf Seite 2 und Kommentar Seite 2.)



und ein erfolgreiches 1981 allen unseren Lesern!

Übrigens: Vom 15. Dezember an können Sie in allen Stadtteilen bei den Preisstoppvorkäufen der DKP Edeltannen zum Preis von 8 bis 20 DM erhalten!



## Der Rat beim „Streichkonzert“

CDU und SPD kürzen im Schulbereich

Der Bottroper Haushalt für das Jahr 1981 ist ein Armutszeugnis. Nicht nur weil ein echtes Defizit von rund 15 Millionen da ist, sondern auch wegen der hemmungslosen Kürzungen nach Bonner Vorbild, die vor allem zu Lasten von Schulen, Sport und Freizeit, also zu Lasten der einfachen Bürger gehen.

Es war manchmal geradezu haarsträubend, wie sich Mitglieder des Rates, die sich nach der Wahl verpflichtet haben, „zum Wohl der Gemeinde“ zu wirken, jetzt in dem Bemühen wetteiferten, Einsparungen vorzunehmen. Im Schulbereich dürfte das besonders verheerende Folgen haben. Ein paar Beispiele:

Die Verwaltung hat den Schul- und Lehrmittelbedarf der Gymnasien schon um 39 000 auf 175 000 DM gekürzt. Trotzdem beantragt die CDU, weitere 25 000 Mark zu streichen. Trotz der Einwände eines Lehrers nimmt die SPD dies anerkennend auf und stimmt zu. Der Medienbedarf aller Schulen wird ebenso ohne lan-

ges Federlesen um fast die Hälfte (60 000 DM) gekürzt und die audiovisuellen Lehrmittel gar um 70 000 DM auf 42 000 DM. Die SPD-Vertreter begrüßen bei dieser Prozedur im Schulausschuß die „Gemeinsamkeit“ mit der CDU: Die Gefühls- und Sittenverwilderung, mit der hier ans Werk gegangen wurde, machte folgende Bemerkung des SPD-Sprechers Grasedieck deutlich: „Wir alle müssen unsere Ansprüche etwas zurückschrauben, ich hätte auch lieber einen Porsche gekauft...“, worauf DKP-Ratsherr Czymek konterte: „... und haben sich mit dem Mercedes 280 zufriedengegeben!“

(Was übrigens zutrifft!) Und dann erhöhten CDU und SPD einträchtig die Elternbeiträge für einen Schullandheimaufenthalt von 30 auf 100 DM.

(Weiter auf Seite 4.)

## Die Bürger sind sauer!



Von Elisabeth Abmann

Die Bürger haben der Verwaltung eine Lektion erteilt. Ist dies begriffen worden? Wenn eine Bürger-, „Anhörung“ nach der anderen sichtbar macht, daß die Verwaltung an den Bürgern vorbei oder (wie zu hören) „menschenfeindlich“ oder „zum Nutzen der Industrie“ plant, wenn sich kaum eine Hand für diese Planung rührt, dann sollte das Konsequenzen haben!

Wir begrüßen die erstaunliche Teilnahme der Bürger an der ersten Phase der Diskussion des Flächennutzungsplans. Sie hat die Kluft zwischen Planung und Bürgerwillen gezeigt. Sie hat Kritik und Emotionen offenbart. Sie hat aber auch böartige Punkte der Planung und vernünftige Alternativen ans Licht gebracht.

Das war gut. Wenn das Wort des ehemaligen Bundespräsidenten Heuss: „Der kritische Bürger ist das Ideal der Demokratie!“ eine Rechtfertigung brachte, sie wurde erbracht. Diese Anhörungen müssen bei der Verwaltung die Illusion zerstört haben, daß der Bürger so leicht zu leiten und zu lenken ist wie der Rat, in dem die kritische Stimme der DKP gern überhört oder mit Mehrheit niedergestimmt wird.

Diese bürgerunfreundliche Abstimmungs-„Demokratie“ wurde korrigiert. Ist die Verwaltung bereit, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen? Nach Meinung der DKP erfordert das unter anderem:

1. Erhaltung aller Wohngebiete im Süden. Das „ohne Entwicklung“ wird korrigiert. Der nötige kommunale Ausbau wird gesichert.

2. Die alten Bergarbeitersiedlungen sind zu erhalten und zu renovieren. Neubauten sind in diesen Gebieten an die vorhandene Siedlungsstruktur anzupassen.

3. Der Schutz der Wohngebiete vor Umweltbelastungen muß Schritt um Schritt durchgesetzt werden.

4. Der überdimensionierte Straßenausbau wird gestoppt.

5. Die Entwicklung der Außenbezirke ist durch die Ausweisung von Naherholungsflächen und Flächen für kommunale Einrichtungen zu fördern.

Die DKP-Fraktion wird sich auch in der nächsten Runde der Planung im Sinne der Bürger einsetzen. Die Bürger tun gut daran, weiter aktiv zu bleiben, damit endlich mal Bürgerwille Gesetz wird!

# Bürgerfragen brachten die Verwaltung ins Schwimmen

SPD-Ratsherr ausgebuht / Fortsetzung von Seite 1

In Boy-Welheim brachten die Frager die Verwaltung arg ins Schwimmen, als sie einmütig die Beibehaltung des Grüngebietes nördlich der Kraneburgstraße forderten, weil dieses Gebiet mit Anschluß an Witrtingen die einzige ausbaufähige Grün- und Naherholungsfläche für die Boy ist. Nur SPD-Ratsherr Wrozek sprach sich unter Buhrufen für die Ansiedlung von Industrie aus.

Entweder war die Verwaltung nur ungenügend auf die Bürgerkritik und ihre Fragen vorbereitet oder sie gab sich unwissend. Denn auf die Frage wieviel Baum- und Grünfläche in den nächsten Jahren „weggeplant“ wird, gab es nur Schulterzucken. Und wie bewußt irreführend geantwortet wurde, zeigte sich in der Verwaltungsbemerkung, in der Boy gebe es die größte Frei-

und Grünfläche pro Kopf von allen Bezirken in Alt-Bottrop. Aber dabei werden die großen Berghalden, die Schlammablagerungsflächen und auch das geplante Industriegebiet eben als „Grünfläche“ bezeichnet.

Die Eigener Bürger fordern vor allem den Erhalt der Bergmannssiedlungen. Sie wenden sich gegen eine „Verdichtung“ durch Neubauten auf Kosten

der Gartenflächen. Als böses Beispiel wird der Ausbau der Gladbecker Straße angesehen, dem viele alte und neue Häuser zum Opfer fallen sollen. Die Verwaltung konnte auf die meisten Fragen keine befriedigenden Antworten geben!

(Weiter auf Seite 5)

## Notizen aus dem Rat

DKP-Ratsherrin Bobrzik sprach sich dafür aus, die Repräsentationsausgaben des Oberbürgermeisters um die Hälfte zu kürzen, um damit den Verein zur Frühförderung behinderter Kinder zu unterstützen. Für seinen Antrag auf Zuschuß von 45 000 DM war angeblich kein Geld da.

Als Aufwendungen für Ausschußsitzungen sind 12 000 DM vorgesehen. Die DKP schlägt vor, daß die Ratsmitglieder ihren Kaffee o. ä. selbst bezahlen.

Der Bauausschuß hat beschlossen, die für 1980 vorgesehenen Instandsetzungsarbeiten an Schulen und Turnhallen vorerst nicht durchzuführen. Damit werden 885 000 DM eingespart.

Der Rat hat es in seiner letzten Sitzung abgelehnt, sich mit dem angedrohten Berufsverbot der Lehrerin Gertraud Plümpe-Messerschmidt zu befassen, obwohl ihre Mitarbeit im Schulausschuß ein Grund für das Verfahren ist.

Der Vorsitzende der DKP-Fraktion, H. Czymek, nahm Mitte November an einem bundesweiten Kongreß von Kommunalabgeordneten Grüner und Bunter Listen teil. Er diskutierte dort über die Grundsätze alternativer Kommunalpolitik.

Herausgeber für den Kreisvorstand der DKP Bottrop und die DKP-Fraktion des Rates der Stadt Bottrop: Heinz Czymek.  
Verantwortlich für den Inhalt: Franz Meichsner Bottrop, Gladbecker Str. 83  
Druck: Plambeck & Co, Neuss.



## Einsprüche noch möglich

Alle Bürger, die noch Einsprüche oder Vorschläge zum Flächennutzungsplan vorlegen möchten, können das bis zum 22. Dezember tun. Im Planungsamt, Luise-Hensel-Straße 1 (ehem. Finanzamt), sind diese abzugeben. Dort liegen auch noch die Planungsunterlagen aus.

# Nach den Wahlen heißt es zahlen!

Ein „Blitzkrieg“ gegen schwer erworbene soziale Rechte ist im Gange

Mit einer Schamlosigkeit ohnegleichen haben die Bonner Parteispitzen dem Wählervolk vor Augen geführt, was Wahlversprechungen wert sind. Schon Stunden nach der Wahl begann der Blitzkrieg gegen Arbeiter, Angestellte, Rentner, Autofahrer, Mieter u. v. m.

Die Benzinpreise sollen kräftig steigen, und die Konzerne haben vorsorglich auch einige Pfennig draufgeschlagen. Die Rentner zahlen höhere Beiträge ab 1. Januar 1981, jedoch die Bundesregierung senkt ihren vom Gesetz bestimmten Zuschuß an die Rentenversicherung um 3,5 Milliarden DM. Die Sparprämien wurden gestrichen; Bausparen entfällt auch für viele; die Rentner zahlen bald Krankenversicherungsbeiträge; die Mieter sol-

len noch mehr geschöpft werden, denn die Mieterhöhungen werden vereinfacht usw. usw.

Das Programm der Regierung und die Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und FDP lesen sich wie Handbücher zur Sozialdemontage. In Bonn handelt man nach dem zynischen Grundsatz: „Die Grausamkeiten sind gleich am Anfang zu erledigen!“

Ja, der Wähler hat noch nie so kurz nach den Wahlen den

„Dank“ der Gewählten serviert bekommen. Sie geben sich geradezu wie die „Erwählten“! Aber es kommt noch mehr: in den kommenden Jahren soll die Arbeitslosenzahl auf 1,5 bis 2 Millionen klettern, die Wirtschaft stagniert, die Preise steigen trotzdem, und den Arbeitern werden „maßvolle Lohnforderungen“ nahegelegt, die natürlich unter der Inflationsrate liegen müssen. Also haben die Arbeiterfamilien reale Einkommensverluste hinzunehmen.

Das ist für das Volk eine Zumutung. Wer hätte geglaubt, daß mit der Wahl von Schmidt und Genscher so ungeniert das

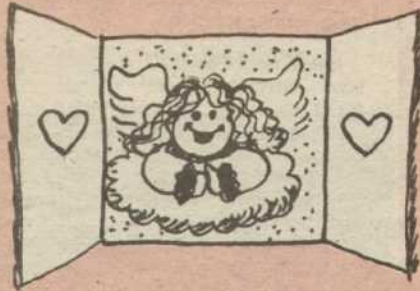
Strauß-Programm verwirklicht wird? Wir Kommunisten hatten jedoch davor gewarnt.

Die Regierung versucht ihre schabigen Absichten mit Sparnotwendigkeiten zu bemänteln. Aber ihre Ausgaben steigen, insbesondere für die Rüstung und Militärhilfe z. B. an die Militärdiktatur in der Türkei. Niemand aus der Regierung oder von den Bonner Abgeordneten kam bisher auf die Idee, auf die eigenen hohen Einkünfte zu verzichten. So praktiziert Bonn also wieder das unrühmlichste Motto deutscher Geschichte: Kanonen statt Butter. Wer sich dagegen nicht wagt, der lebt verkehrt!

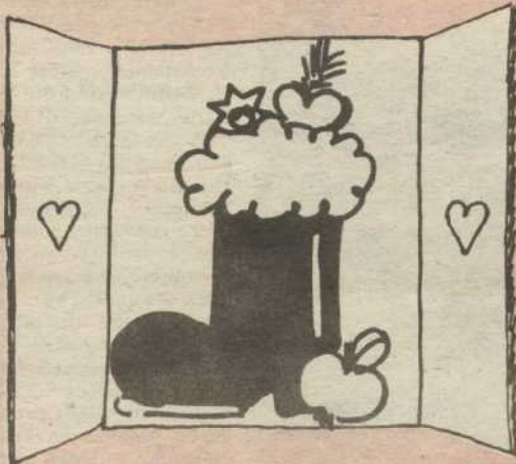
# Nikolaus macht Kinder froh



Die Künste des Zauberers faszinierten die Kinder.



Etwa 2500 Bottroper Kinder und Eltern kamen zu den Nikolausfesten in sieben Stadtteilen.



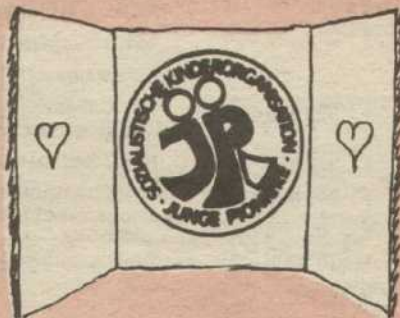
Angst brachte kein Kind vorm Nikolaus zu haben. Bei der DKP ist er der Kinderfreund.



Junge Pioniere spielen das Lied von der Rübe: „Wenn alle anpacken, kriegen wir die dickste Rübe raus!“



Eine gutgefüllte, dicke Tüte gab's für jedes Kind.



## Mit bloßem Hintern

Von Heinz Czymek

Im Unterschied zum Pokern muß man beim Etat die Karten offenlegen. Der Volksmund sagt: die Hosen runterlassen. Was wir nun erblicken, ist mehr ein Monstrum als etwas Nützliches: 15,5 Millionen reales Defizit, weil durch Bonner Steuergeschenke an Unternehmer unsere Stadt allein einen Verlust von 16 Millionen aus Lohnsummen- und Gewerbesteuern hinnehmen muß.

Dortmunds OB Samtlebe gestand vor SPD-Kommunalpolitikern ein, daß die finanziellen Forderungen der Städte der Bonner „Bündnispolitik“ (sprich: NATO-Hochrüstung) Tribut zollen müssen. Und so

wird militärisch aufgerüstet und sozial abgerüstet. Das nennt man jetzt „Sparpolitik“.

Auch in Bottrop bemühen sich einige Parteioberer, dem Bonner Wink beflissen zu folgen. Selbstredend denkt man nicht an die Kürzung der Diäten – das fordert nur die DKP. Man fährt lieber wie die SPD-Fraktion mit 40 Mann für fünf Tage nach Westberlin (wie teuer ist das wohl?), um dort die „Sparvorschläge“ fürs Volk auszuhecken. Ergebnis: siehe unsere Berichte.

Dieser Etat zeigt, wie tief unsere Stadt in der Patsche steckt. Trotzdem werden große Summen falsch ausgegeben (siehe unten). Die Stadt steht mit bloßem Hintern da. Und wenn nicht sofort von Bonn und Düsseldorf mehr herausgeholt wird, dann dürfte auch mancher SPD- oder CDU-Schönredner ohne Hosen dastehen!

## Etat kürzung auf Kosten der Schüler

Ein Höhepunkt des „unverantwortlichen Spiels“ – so die DKP – waren dann die Kürzungen bei den Investitionen von 1982 bis 1984. Demnach sollen auf Vorschlag der SPD jährlich 300 000 DM weniger für Lehrmittel, Schulmöbel und Bauarbeiten an Schulen ausgegeben werden.

Die Kritik der DKP an diesem Streichkonzert wurde nicht widerlegt. Es ging nach dem Motto: Laßt uns die Sache schnell über die Bühne bringen. Diese schulefeindliche Haltung von SPD und CDU stellt Lehrer, Schüler und Eltern künftig vor noch größere Probleme. So werden Instandsetzungsarbeiten an Schulen weiter eingeschränkt. Die 1981 für die Overbergschule vorgesehene Turnhalle wird nicht gebaut. Die Fürstenbergschule erhält kein neues Lehrschwimmbecken, das Albers-Gymnasium keine neue Turnhalle usw. usf. Die DKP-Fraktion lehnte jede Kürzung beim Schuletat ab.

Die DKP legte vielmehr 20

Forderungen zum Ausbau der Schulberatung, für eine bessere Ausstattung mit Lehrmitteln, für Instandsetzungen und bauliche Verbesserungen an Schulen vor. Auch das wurde zum Schaden der Schulen abgelehnt. Am Ende der Sitzung brachte die SPD auf etwas absonderliche Weise das Thema Gesamtschule zur Sprache. Sie will ab 1982 eine oder mehrere Hauptschulen in Batenbrock oder Eigen zu einer räumlich getrennten Gesamtschule umfunktionieren, weil das „billiger“ wäre. Das wäre in der Tat eine billige, weil ungeeignete „Lösung“. Das käme auch der Forderung der CDU entgegen, keine Gesamtschule im Süden zu errichten, wie vom Schulausschuß beschlossen.

Wir haben das Dilemma des Etats 1981 hier am Schuletat dargestellt. In anderen Ausschüssen war es ähnlich. Der Rat nimmt dazu am 19. Dezember 1980, ab 16.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses Stellung. Der Bürger täte gut daran, seinen Volksvertretern hierbei auf die Finger zu gucken!

## Schlammfelder auf dem Weg zur Arbeit

Die Verlängerung der Gungstraße über die B 224 zur Karnaper Veba-Glas-Werksanlage gehen täglich zahlreiche Kumpels auf dem Weg zur Arbeit. Seit einiger Zeit nun liefern schwere LKW über diesen Weg eine anliegende Schlammanlage der Ruhrkohle. Seitdem sind die Veba-Arbeiter stocksauer. Nicht nur, daß bei nassem Wetter ihre Kleidung durch den Dreck, den die LKW beim Vorbeifahren verlieren, erheblich verschmutzt wird, sondern auch die Enge des Weges erregt die Gemüter. So müssen die Kumpels, wenn sich zwei LKW begegnen, in die Büsche oder über den Straßengraben flüchten. Auf verschiedenen Wegen haben sich etliche Kumpels bereits an die Stadt gewandt, um einen gesicherten Fußweg zu bekommen. Doch nichts geschah!

## Das Allerletzte

### Gesundheitsminister?

Wirtschaftsminister Lambsdorff anlässlich der Regierungserklärung: „Ist es denn so schlimm, meine Damen und Herren, wenn man den Gürtel ein Loch enger schnallen muß? Ich weiß nicht, ob die mir zuteil gewordene medizinische Auskunft richtig ist, daß die weitverbreitetste Gesundheitsstörung in der Bundesrepublik Übergewicht sein soll.“



Die DKP beantragt die Sicherung dieses Fußweges. An der Kreuzung Gungstraße/B 224 wurde z. B. erst eine Ampel eingerichtet, als ein Todesopfer zu beklagen war. Hoffentlich läßt es die Stadt diesmal nicht so weit kommen.

# DKP-Vorschläge für ein besseres Bottrop

Die DKP-Fraktion hat bei der Etatberatung für 1981 in den Ausschüssen des Rates nicht nur Fehler und Versäumnisse aufgedeckt. Die DKP hat auch konkrete Vorschläge für mögliche Einsparungen und notwendige Mehrausgaben vorgelegt. Damit ist zu erkennen: In Bottrop ist ein Kurswechsel zugunsten der arbeitenden Bevölkerung möglich und nötig.

### Notwendige Mehrausgaben:

Schaffung eines Fonds „Soziales Wohnen“	
Förderung von 150 Wohnungseinheiten	+ 3 000 000 DM
Neue Wohnbebauung Kampstraße/Ostring	+ 1 000 000 DM
Zuschuß Fassadenrenovierung in Welheim	+ 100 000 DM
Planung und Bau einer Gesamtschule im Bereich Albrecht-Dürer-Schule	+ 1 000 000 DM
Planung: Kommunale Ausbildungsstätte	+ 500 000 DM
Planung von Turnhallen für die Overberg-, Fürstenberg-, Albrecht-Dürer-Schule und das Albers-Gymnasium	+ 800 000 DM
Planung von Freizeithäusern in Eigen, Boy, Batenbrock und Fuhlenbrock	+ 400 000 DM
Abenteuerspielplatz und Kinderferien	+ 275 000 DM
Jugendheim in Boy/Welheim	+ 50 000 DM
Kommunales Kino und Musikschule	+ 100 000 DM
Für passiven Lärmschutz	+ 200 000 DM
Ankauf eines Umweltschutzmeßwagens	+ 150 000 DM
<b>Mehrausgaben gesamt:</b>	<b>7 675 000 DM</b>

### Mögliche Einsparungen:

Kürzung bei Diäten, Repräsentation und Parteien	- 470 000 DM
Luftschutzmaßnahmen	- 551 000 DM
Bau eines Parkhauses	- 3 000 000 DM
Bau zentraler Busbahnhof	- 1 200 000 DM
Ausbau Gladbecker Straße	- 550 000 DM
Industriegelände Prosper I	- 1 160 000 DM
Industriegelände Kraneburgstraße	- 250 000 DM
Vertriebenen-Zuschüsse Gleiwitz und Besucher aus der DDR	- 208 000 DM
Bau Josef-Albers-Zentrum	- 1 800 000 DM
Stammkapitalerhöhung Gemeinnützige Baugesellschaft	- 1 400 000 DM
<b>Einsparungen gesamt:</b>	<b>10 589 000 DM</b>

# Eine Frau kämpft um ihr Recht!

Sie hat in sechs Wochen zehn Pfund abgenommen, und wenn der Arzt ihren Blutdruck mißt, dann schüttelt er nur den Kopf. Nachbarn sprechen schon von fröhlichen Weihnachten. Auf dieser jungen Frau aber lastet die Angst, ob ihre Existenz durch das angedrohte Berufsverbot als Lehrerin vernichtet wird.

Hatte nicht mancher gehofft, daß nach dem überwältigenden Wahlsieg der SPD in Nordrhein-Westfalen endlich Schluß gemacht würde mit Gesinnungsschnüftelei und Berufsverbot? Es kam anders. Und mit welch schabigen Methoden die modernen Hexenjäger arbeiten, zeigt der Fall der Sonderschullehrerin Traudel Plümpe aus dem Bottroper Eigenen.

## Die Vorgeschichte

Seit fünf Jahren arbeitet Frau Plümpe als Lehrerin an einer Sonderschule für sogenannte Lernbehinderte. Im Schulalltag lernte sie die Notstände in unserem Bildungswesen kennen. Sie wollte sich damit nicht abfinden. Sie wollte den Kindern helfen, die dringend Hilfe brauchen. Deshalb engagierte sie sich in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Und in der DKP. Die fünfköpfige Ratsfraktion der DKP schlug Frau Plümpe als sachkundige Bürgerin für den Schulausschuß des Rates vor. Der Stadtrat wählte sie – einstimmig –, das heißt auch mit den Stimmen der SPD und der CDU.



Die vielen Solidaritätsbeweise ermutigen mich!

## Im Kreuzverhör

Doch plötzlich schlug das Regierungspräsidium in Münster zu. Zweimal wurde die verbeamtete Lehrerin zu sogenannten Anhörungen nach Münster vorgeladen. „Anhörungen“ – das klingt harmlos, fast sympathisch. Aber was sich da in Münster hinter verschlossenen Türen abspielt, das war im Grunde genommen achteinhalb Stunden Kreuzverhör vor eingeschaltetem Diktiergerät und mit unzulässigen Fragen nach der politischen Gesinnung.



Was hat diese Frau verbrochen, was wirft man ihr vor? Man droht ihr mit Berufsverbot, weil sie als sachkundige Bürgerin im Schulausschuß arbeitet, weil sie bei Kommunalwahlen für ihre Partei kandidierte. Weil sie mit den „Jungen Pionieren“ sinnvoll die Freizeit gestaltete.

Und im gleichen Atemzug müssen die „Befragter“ zugeben, daß Frau Plümpe „eine sehr qualifizierte Lehrerin“ ist und daß es für eine wirkliche Dienstpflichtverletzung nicht das Schwarze unter dem Fingernagel als Beweis gibt. Ein Skandal!

## Eine Frau kämpft um ihr Recht

Und sie findet Unterstützung. Ihre Gewerkschaft erhebt Protest. Acht Bottroper Pfarrer und Pädagogen fordern den Regierungspräsidenten auf, die verfassungswidrige Gesinnungsschnüftelei gegen Frau Plümpe einzustellen. Eltern und Schüler solidarisieren sich mit ihr.

Und nun will das Regierungspräsidium Frau Plümpe sogar aus der breiten Solidarität, die ihr in der Öffentlichkeit zuteil wird, einen Strick drehen. Mit drohendem Unterton sagt man ihr in Münster: Sie müssen damit rechnen, daß ihre Flucht in die Öffentlichkeit erschwerend in das nächste Verfahren eingebracht wird.

## Der Minister will kein Jagdhund sein

Geht es noch zynischer? Eine Frau, die sich als Lehrerin nichts zuschulden kommen ließ, wird Berufsverbot angedroht. Und wenn sie sich dagegen wehrt, dann will man sie mit Berufsverbot bestrafen, weil sie von demokratischen Grundrechten Gebrauch gemacht hat. Eins ist klar: Die Berufsverbote haben Angst vor der Öffentlichkeit. Das zeigt auch das unwürdige Ping-Pong-Spiel, das zwischen dem Regierungspräsidenten in Münster und dem Kultusminister in Düsseldorf veranstaltet wird. „Ich will kein Jagdhund sein“, sagte Kultusminister Girgensohn, als er in Bottrop auf das drohende Berufsverbot gegen Traudel Plümpe angesprochen wird. Er schiebt Münster die Schuld für das Verfahren in die Schuhe. Münster aber tut so, als sei es nur der verlängerte Arm des Kultusministeriums.

## Ich gebe nicht auf

Der Fall Plümpe schlägt inzwischen Wellen weit über Bottrop hinaus. In Bonn wird über dieses empörende Verfahren diskutiert. Im Europaparlament in Straßburg. Frau Plümpe sagt: „Es ist nicht leicht, eine solche Verfolgung durchzustehen, aber ich gebe nicht auf. Und ich fühle mich mutig und bestärkt durch viele Beweise der Solidarität. Die habe ich auch von vielen Menschen aus dem In- und Ausland erfahren, die meine politische Überzeugung nicht teilen. Der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann hat einmal gesagt: „Der unbequeme Staatsbürger ist das Ideal der Demokratie.“ Solange sich das bis zu den Parteifreunden Heinemanns, die von Liberalisierung reden, aber tatsächlich die Berufsverbote noch verschärfen, nicht herumgesprochen hat, werden Solidarität und Protest nötig sein.



Der Berufsverbotebandwurm muß gestoppt werden!

## Solidarität schlägt große Wogen

Die Solidaritätsbekundungen für Traudel Plümpe haben inzwischen eine breite Öffentlichkeit erreicht, die den „Berufsverbietern“ in Münster und Düsseldorf ganz und gar nicht behagt. Denn mittlerweile haben sich neben

- vielen Eltern und Schülern auch
- die GEW,
- acht Bottroper Pfarrer,
- mehrere Betriebsräte,
- die evangelische Kirche in Essen,
- die Pfarrer Albertz und Scharf aus Berlin
- sowie zahlreiche Einzelpersonlichkeiten,

mehr als 1500 Mitbürger durch Unterschriften gegen das drohende Berufsverbot ausgesprochen.

## Ohne Bürger läuft nichts mehr

Die Debatte um die Entwicklung unserer Stadt auf die Jahrtausendwende zu hat eine neue Dimension und Qualität erhalten. Die Bürgeranhörungen der Stadt erbrachten den Beweis, daß die Mehrzahl der Bürger den etablierten Planern nicht mehr folgt. Die Bürger erkennen mehr und mehr, daß sie sich um ihre ureigensten Interessen kümmern müssen, wenn sie „von oben“ nicht untergebuttert werden wollen.

Zu dieser engagierten Haltung der Bürger haben ohne Zweifel die Bürgerinitiativen beigetragen. An Prosper II, in der Welheimer Mark und im Eigen gehen Hunderte zur Bürgerinitiative, weil sie Hilfe nur durch Selbsthilfe erwarten. Die Sprecher Kurz, Dr. Seippel oder Frau Woltering haben dabei sichtbar

gemacht, daß die Bürger nicht nur klar und folgerichtig ihre Interessen vortragen, sondern zugleich konstruktiv an das Wohl der ganzen Stadt denken. Pater Markus hat in diesem Sinne auch an die Solidarität aller appelliert, die Wohngebiete im Bottroper Süden zu verteidigen, weil damit die fortschreitende

Entvölkerung im Süden gestoppt werden kann.

Dieses Engagement der Bürger zeigt schon Wirkung. Die Verwaltung bezeichnet schon viele Teile ihrer Planung als „diskutabel“, die SPD deutet die Bereitschaft zu Abänderungen an. Dort, wo sich Druck zeigt, wird die Verwaltung eher nachgeben. In dieser Bewegung spielen die Bottroper „Grünen“ keine Rolle. Sie wollten sich jedoch anhängen mit der etwas makaberen Forderung nach einer unterirdischen S-Bahn, weil die im Kriegsfall Schutz vor Bombenangriffen bietet.

# Junge Touristen!

Spart Mühe und Zeit! Bestellt Eure Ungarnreise beim Reisebüro der Jugend und Studenten, EXPRESS, dem einzigen Jugendreisebüro Ungarns.

Unterbringung in Jugendhotels, Internationalen Jugendzentren, sowie in modernen Studentenheimen, Organisation von Fachprogramm, verschiedenen Veranstaltungen, Bereitstellung von geprüften Betreuern, Fahrkartenausstellung, Platzreservierungen, Verkauf von verschiedenen Begünstigungsausweisen, Geldwechsel.

Einzel- und Gesellschaftsreisen zu ermäßigten Preisen!

Ein Urlaub, der eine Vielzahl von Eindrücken vermittelt und den sich jeder leisten kann.



Ich interessiere mich für Ihre Reiseangebote. Bitte senden Sie mir Informationsmaterial zum Thema \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Senden Sie diesen Coupon bitte an nebenstehende Adresse

Nebenstehenden Coupon bitte einsenden an:



Reisebüro der Jugend und Studenten

1395 Budapest V, Szabadság tér 16, Telefon: 317-777, Telex: 22-5384

## Hermann Gautier Arbeiterbewegung und Freiheit



## Hermann Gautier Arbeiterbewegung und Freiheit

259 Seiten, Taschenbuch in der Reihe Marxismus aktuell, 12,80 DM ISBN 3-88012-576-7

Hermann Gautier erläutert im Gespräch Grundfragen der marxistischen Freiheitsvorstellung. Das Buch gibt Antworten auf die Frage, warum die Freiheit heute stärker als je zuvor im Zentrum der politischen und ideologischen Auseinandersetzungen unserer Zeit steht. Ausführlich werden die wichtigsten Etappen des Freiheitskampfes der Arbeiterbewegung ebenso behandelt wie das Verhältnis der Kommunisten zu Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Gesprochen wird von Kampf für Freiheit gegen die Macht des Monopolkapitals und vom Charakter, dem Ausmaß und der Gestaltung der errungenen Freiheit im Sozialismus. Bei den Ausführungen über Freiheit und Freiheitsrechte im realen Sozialismus geht es um das Verhältnis von Arbeit und Freiheit, die sozialistische Lebensweise, Fragen des Rechts, der Menschenrechte und der staatlichen Machtausübung.

Verlag Marxistische Blätter GmbH, Hedderheimer Landstraße 78a 6000 Frankfurt/Main 50, Telefon (06 11) 57 10 51

## Verlag Marxistische Blätter

# Bücher für den Wunschzettel



Karl-Liebknecht-Buchhandlung Viehofer Platz 15 4300 Essen 1, Tel.: (0201) 23 20 14

1400 Göttingen, Burgstraße 24 Wissen und Fortschritt Buchhandlung Telefon (0531) 43918

### Kleine Enzyklopädie Weltgeschichte

Bibliographisches Institut, Leipzig, 2 Bände, zus. ca. 1300 S., 96 Fototafeln, 110 Karten, DM 38,35 Best.-Nr.: 32/5767400

Die beiden Bände enthalten in alphabetischer Anordnung Darstellungen aller Länder von der Vergangenheit bis zur Gegenwart. Band 1 reicht von einem Überblick über die Geschichte der Urgesellschaft im Länderalphabet bis Kuwait; Band 2 enthält außer den Darstellungen von Laos bis Zypern ein Lexikon historisch-politischer Begriffe sowie ein umfangreiches Register.

Zum 50. Todestag von H. Zille

### Berlin aus meiner Bildermappe

Greifenverlag, Rudolstadt, 256 S., Leinen, 57,50 DM Best.-Nr.: 10/5250361

„Was den Band auszeichnet, das ist die Gegenüberstellung der stets ganzseitigen und zumeist farbig reproduzierten Graphiken mit Gedichten von Heinz Kahlau, mit Briefen und Texten von H. Zille selbst, aber auch mit Zeitungsausschnitten und Dokumenten der Zeit, die im Faksimile wiedergegeben werden.“ Die Wahrheit, Westberlin.

### Berlin Museumsinsel

Seemann-Verlag, Leipzig, 276 S., 93 Farb- u. 117 Schwarzweiß-Abb., Leinen, 63,90 DM Best.-Nr.: 3/5057238

Nur wenige Museen der Welt vereinen so zahlreiche archäologische und kunsthistorische Sammlungen wie die Staatlichen Museen zu Berlin. Der repräsentative Bildband erfaßt das Ägyptische und Vorderasiatische Museum, die Antikensammlung, das Islamische Museum, die Frühchristlich-byzantinische Sammlung, das Museum für Ur- und Frühgeschichte, die Ostasiatische Sammlung, die Skulpturensammlung, die Gemälde- und die Nationalgalerie.

CHARLES DICKENS'S

### Weihnachtserzählungen



Charles Dickens **Weihnachtserzählungen** Rütten & Loening, Berlin ca. 660 S., zeitgenössische Illustrationen, Leinen, 12,80 DM Best.-Nr.: 51/6181839

Der Band enthält die zwischen 1843 und 1848 erschienenen „klassischen“ Weihnachtserzählungen in neuer Übersetzung: „Ein Weihnachtsgeschenk“, „Das Silvesterglocken“, „Das Heimchen am Herd“, „Der Kampf des Lebens“, „Der heimgesuchte Mann“.

collectiv literatur

### Theodor Fontane Wanderungen durch England und Schottland, Band I-II

Verlag der Nation, Berlin, Band I: 608 S., zahlr. zeitgenössische Abb., Leinen, 19,00 DM Best.-Nr.: 150/6965086 Band II: 560 S., zahlr. zeitgenössische Abb., Leinen, 17,05 DM Best.-Nr.: 150/6965094

Ähnlich wie in den Band „Wanderungen durch Frankreich“, der Fontanes Verhältnis zum französischen Nachbarland darstellte, enthält diese Ausgabe Schilderungen Fontanes über seine Begegnungen mit der englischen und schottischen Vergangenheit und Gegenwart in den Jahren 1844, 1852 und 1855-1859.

aus Ihrer collectiv-Buchhandlung

### Einig für den Frieden

In der Friedensinitiative, die am 29. September zum ersten Mal zusammentraf, arbeiten unterschiedliche Organisationen und Gruppen mit. Obwohl es in einigen Fragen Meinungsverschiedenheiten gibt, war sich die Initiative über die Notwendigkeit eines aktiven Engagements für Frieden und Abrüstung in der Bundesrepublik einig.

Der Initiative gehören Vertreter aus den folgenden Bottroper Gruppen an: Evangelische Jugend, Katholische Jugend, Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK), Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), Kriegsdienstverweigerer (Zivildienstleistende), SDAJ, Naturfreundejugend, Bezirkschülervertretung, Teestube, AKW-Nee-Gruppe, Kinderschutzbund, Berufsverbotekomitee, Fahrradinitiative, Vertreter verschiedener Jugendhäuser und Einzelpersonen.

### Gesamtschule jetzt!

Der Schulausschuß erhielt unerwarteten Besuch: Die Bezirksschülervertretung (BSV) entrollte während der Sitzung ein Transparent, auf dem sie die Forderung nach einer Gesamtschule für Bottrop zum Ausdruck brachte (siehe Foto). Die BSV will stimmberechtigtes Mitglied im Planungsausschuß für eine Gesamtschule werden, um bereits in Vorgesprächen Schülerinteressen gerecht zu werden. In Flugblättern demonstrierten die Schülervertreter gegen die Bestrebungen der Stadt, im Bildungsbereich wichtige Mittel zu kürzen.

# 20 Tote beim atomaren Erstschißlag auf dem Berliner Platz

Erfolgreiche I. Bottroper Friedenswoche – Initiative demonstriert den Ernstfall

Als einen Erfolg werteten die verschiedenen Gruppen und Organisationen die gemeinsam vom 16. bis 22. November in Bottrop durchgeführte Woche „Frieden schaffen ohne Waffen“. Die Friedenswoche wollte insbesondere die Gefahren aufzeigen, die sich aus einer möglichen Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in der Bundesrepublik ergeben.

In der Friedenswoche wurden von den zahlreichen Organisationen unterschiedliche Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt. Mit einer „Raketenaktion“ in der Bottroper Innenstadt am 15. November wollte die Initiative „darauf aufmerksam machen, daß die Gefahr eines Krieges in Europa durch die von der NATO beschlossene Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise-Missile) zunimmt“, wie es in einem, während der Aktion verteilten Flugblatt der Initiative zur Begründung angeführt wurde. Die nachgebaute Rakete und die Demonstration eines „Erst- und Gegenschlages“ durch verkleidete „Tote“ löste lebhafte Diskussionen mit Passanten aus.

Die katholische und evangelische Jugend beteiligte sich an

der Woche mit zwei Friedensgottesdiensten. Zu dem Friedensgottesdienst der evangelischen Jugend in der Martinskirche waren auch zahlreiche Jugendliche in die Kirche gekommen. Dias und Lieder über die Schrecken des Krieges und die maßlose Verschwendung für Rüstungszwecke machten die Kirchenbesucher betroffen. Entschieden wurden auch während des Gottesdienstes wirksame Beiträge der Bundesregierung zur Abrüstung gefordert.

Zu einer Informationsveranstaltung der Friedensinitiative am 18. November waren zahlreiche Teilnehmer gekommen. Nach der Diskussion über die Frage „Ist Abrüstung überhaupt möglich?“ führte die Gladbecker Theatergruppe Efeu ein sehenswertes Stück auf, das die Zuschauer zum ak-



Die gestellten Leichen erregten viel Aufsehen

tiven Engagement für den Frieden aufforderte.

Die verschiedenen in der Initiative zusammengeschlossenen Gruppen waren sich nach der erfolgreichen Friedenswo-

che einig, weiter zusammenzuarbeiten und auch im nächsten Jahr ähnliche Aktivitäten durchzuführen. Kritisiert wurde allerdings die magere Berichterstattung der Bottroper Lokalzeitungen über die engagierte Initiative.



### Für die Bildung tun sie nix

Auf der Delegiertenkonferenz der Bezirksschülervertretung (BSV) forderten 40 Schülervertreter aus Bottrop/Gladbeck den Bau einer Gesamtschule. Einstimmig wählten die Schülervertreter die Lehrer Traudel Plümpe und Hans Hohnhaus zu ihren Bezirksverbindungslehrern. Ferner entschloß sich die BSV zur Teilnahme an einer Demonstration in Dortmund, die unter dem Motto stand: „Für bessere Ausbildung und Bildung in Schule und Betrieb“, und engagierte sich aktiv für eine bessere Bildungssituation (siehe Bild).

### Stadt gegen Rockkonzert

Von der lokalen Presse unbeachtet: Die Bottroper Berufsschule platzte aus allen Nähten, als die Puhdys, Rockgruppe aus der DDR, auftraten. Hunderte Jugendliche waren begeistert von dem Sound und der Stimmung, die die Gruppe verbreitete. Dieses lokale Ereignis wollte die Stadt Bottrop den Jugendlichen vorenthalten und schlug das Angebot der Gruppe, aufzutreten, aus. Kurzerhand lud die SDAJ die Puhdys ein. Daß sie damit gut beraten war, zeigt die erfolgreiche Veranstaltung.

## Amoklauf beendet: Nun wieder pädagogische Arbeit?

DKP für demokratische Mitarbeit im Haus der Jugend

Einen Scherbenhaufen hinterließ die Verwaltung unter Leitung von Sozialdezernent Rauschnig nach dem Amoklauf in Sachen Haus der Jugend. Polizeiaufgebot und fristlose Kündigungen waren die hilflosen Antworten der Verwaltung auf die schwierigen Probleme. Wie wird es nun mit dem Sorgenkind Jugendarbeit in Bottrop weitergehen?

Zwar ist das Haus nach einer zeitweiligen Schließung wieder geöffnet, aber die Probleme sind weiterhin da. Durch die Schließung sind die Gemüter sogar noch angeheizt worden. Viele deutsche und ausländische Arbeiterjugendliche fühlen sich nicht verstanden und durch die Maßnahmen der Verwaltung in ihren Rechten angegriffen. Die Verwaltung beteuert aber, daß es ihr fernliegt, deutsche und ausländische Jugendliche aus dem Haus zu vertreiben.

Besonders für die ausländischen Jugendlichen ist zu hoffen, daß die Ansätze einer pädagogischen Arbeit nun endlich und geduldig weiterentwickelt werden. Deshalb fordert die DKP in einer Erklärung die Rücknahme der Entlassungen und schlägt vor, den Leiter des HdJ von Verwaltungsarbeiten zu entlasten. Außerdem meint die DKP, daß im HdJ eine wirkliche Mitbestimmung für die Besucher, aber auch für die Mitarbeiter eingeführt werden muß. Nur so kann sich wirkli-

ches Engagement, Verantwortungsbewußtsein und konstruktive Kritik entwickeln.

Zu empfehlen wäre, aus der Vollversammlung der Besucher für die Dauer jeweils eines Jahres einen Sprecherrat zu wählen, der die Interessen der Jugendlichen gegenüber der Hausleitung, der Verwaltung und dem Jugendwohlfahrtsausschuß vertritt.

Übrigens: Die entlassenen Mitarbeiter wehren sich. Sie haben die Stadt vor dem Arbeitsgericht verklagt. Der erste Erfolg ist auch schon da: Ein Sozialpädagoge im Anerkennungsjahr kann nun doch seine Prüfung an der Hochschule ablegen!



Unter den 8000 demonstrierenden Schülern und Lehrlingen in Dortmund: Die Bezirksschülervertretung.

# VEBA-Mieter wehren sich erfolgreich

## Instandsetzung erst nach Protest

Mehr als zwei Jahre warteten die Mieter des Hauses Beyrichstraße 1 im Eigen auf eine Antwort der VEBA-Wohnungsverwaltung auf ihre Briefe und Nachfragen, mit denen sie um die Reparatur des undichten Daches und des Kamins baten. Obwohl die Wohnsituation bereits unzumutbar geworden war, blieb die VEBA stur. Feuchte Zimmerdecken wegen des undichten Daches und verrostete Zimmer, damit Brandgefahr durch die Risse im Kamin sind keine Ausnahme!

Selbst der Schornsteinfeger weigerte sich, das Dach zu betreten, mit der Bemerkung, er sei doch nicht lebensmüde!

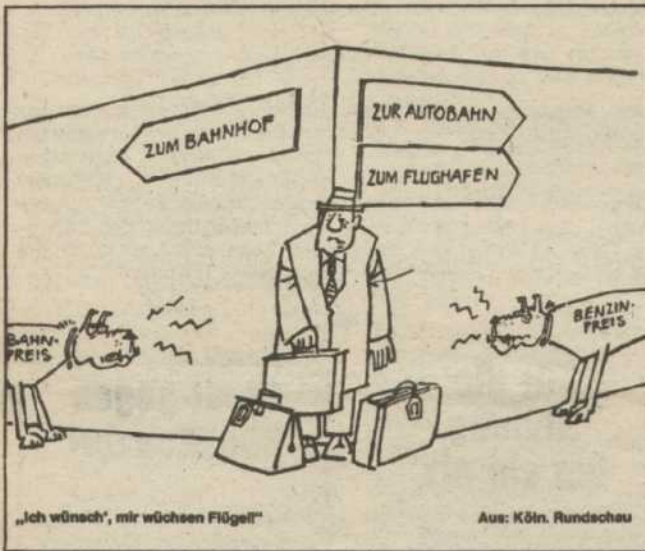
Erst nachdem sich die Mieter Rat bei der DKP geholt und ein erneutes Schreiben an die VEBA geschickt hatten mit der Ankündigung einer Mietminderung und einer Durchschrift an das Bottroper Wohnungsaufsichtsamt, reagierte die

VEBA prompt. Innerhalb von vier Wochen war das Dach vollkommen neu gedeckt und die Risse im Kamin ausgebessert!

Nun fragt man sich, was die VEBA zu dem plötzlichen Sinneswandel veranlaßt hat: Die ständige Sorge um das Wohlergehen ihrer Mieter oder die Angst vor dem Bekanntwerden ihres skandalösen Verhaltens beim Wohnungsaufsichtsamt?



Soll die Baumallee an der Brauckstraße abgeholzt werden, weil unsere Stadtverplanner die B 224 sechsspurig ausbauen wollen? Die Anwohner wehren sich zu Recht gegen die Vernichtung dieses natürlichen Lärm-, Schmutz- und Sichtschutzes.



„Ich wünsch', mir wüchsen Flügell!“

Aus: Köln. Rundschau

# Massenentlassungen bei Krups?

Die Belegschaft der Krups-Niederlassung in Bottrop ist tief beunruhigt. Seit längerem wird über Entlassungen gemunkelt (NOTIZEN berichtet). Jetzt gab die Geschäftsleitung auf einer Belegschaftsversammlung bekannt, daß etwa 140 Beschäftigte eingesparrt werden.

Über die Art und Weise der Arbeitsplatzvernichtung wird zur Zeit in der Zentrale in Solingen verhandelt. Wie verlautet, will die Geschäftsleitung versuchen, besonders ältere Kolleginnen durch Abfindungen zur „freiwilligen“ Kündigung überreden. Ob dadurch allerdings die angestrebte Zahl von Arbeitsplätzen vernichtet wird, wieviel jüngere Kolleginnen noch entlassen werden und ob es nicht doch mehr als die 140 werden – genau steht

das alles nicht fest.

1974 noch hatte Krups in Bottrop 1300 Beschäftigte, seitdem wird die Belegschaft kontinuierlich verringert. Steht dem Bottroper Werk das gleiche Schicksal bevor, wie der Niederlassung in Gelsenkirchen, die vor einiger Zeit bereits geschlossen wurde? – Übrigens: Viele Teile der Krups-Haushaltsgeräte stammen aus neuen Krups-Niederlassungen in Irland und Taiwan.



## Gegendarstellung

In der UZ Nr. 9 vom 1. November 1980 wurde auf Seite 8 in dem Artikel mit dem Titel „Reinfall“ eine unwahre Behauptung über mich aufgestellt:

Es ist unwahr, daß ich mich bei dem Versuch, mich gegen einen Artikel per Gegendarstellung und Prozeßandrohung zu wehren, dazu verstiegen hätte, Unwahrheiten zu behaupten.

Bottrop, 12. 11. 1980  
gez. Franz Schmitz

Die Redaktion ist durch Landespressegesetz gehalten, eine Gegendarstellung unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt zu veröffentlichen. Wir betonen daher weiter: F. Schmitz sagt die Unwahrheit, wenn er seine Beteiligung an unrechtmäßigen Mietforderungen leugnet.

# „Bild“ lügt wie gedruckt

## Bottroper Fall liefert neues Beispiel

Daß „Bild“ mit der Wahrheit auf Kriegsfuß steht, ist vielen Bürgern ja bekannt. Das trifft auch zu, wenn „Bild“ über Bottrop schreibt. In der Ausgabe vom 30. Oktober 1980 behauptet „Bild“, sich für eine fünfköpfige Familie eingesetzt zu haben, die in einer Gartenlaube hausen mußte. Wörtlich schreibt „Bild“: „BILD wandte sich an die Stadt – mit Erfolg. Sie vermittelte den L.s eine neue Wohnung.“

Notizen-Leser können in der Nr. 8 vom 27. September 1980

nachlesen, daß die Familie L. in der Tat von der Stadt eine Wohnung bekommen hat – aber nicht weil „Bild“, sondern weil die DKP-Ratsherrin Irmgard Bobrzik der Stadtverwaltung auf die Füße trat!

So will sich die Bildzeitung auf ganz primitive Art, durch Lügen, mit fremden Federn schmücken. Wir würden eine echte Initiative dieses Blattes für die Bürgerinteressen begrüßen. Ob das jemals Wirklichkeit wird?



Jetzt gibt es auch die guten und preiswerten Bücher aus der collectiv-Buchhandlung in Bottrop. Neben Kinder- und Jugendbüchern stehen eine Vielzahl von Büchern aus fast allen Wissens- und Interessensgebieten für sie bereit.

Als besondere Geschenkidee zum Weihnachtsfest bieten wir eine breite Palette von schönen

kunstgewerblichen Artikeln an.

Besuchen sie uns doch einmal in der DKP-Bücherstube, Gladbecker Straße 83.

Öffnungszeiten: montags bis freitags (außer dienstags) von 9 Uhr bis 12 Uhr und von 16 Uhr bis 18.30 Uhr. Schmökern und Umschauen ausdrücklich erwünscht!

